Nr. 230 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 17. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten, Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die französische Präsidentschaftskrise

☞ **Paris, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Die französische Präsidentschaftskrise ist praktisch eröffnet. Amtlich wird mitgeteilt: „Was heute früh in der Presse veröffentlicht wurde, trifft zu. Die Gesundheit des Präsidenten läßt mehr und mehr zu wünschen übrig. Herr Deschanel wird ohne Zweifel genötigt sein, zurückzutreten. Es ist auch zutreffend, daß sich der Ministerrat mit dieser Frage vom konstitutionellen Standpunkt aus befassen wird."**

Ueber die praktische Lösung der mit der Krise zusammenhängenden Fragen ist im Ministerium noch keine Einigung erzielt worden. Es bieten sich drei Möglichkeiten: Man kann den zurücktretenden Präsidenten bitten, die Einreichung seines Rücktrittsgesuches bis zum Zusammentritt der Kammer zu verschieben; man kann weiterhin sein Rücktrittsgesuch empfangen und es bis dahin geheimhalten, und schließlich kann man das Rücktrittsgesuch sofort in Empfang nehmen und bekanntgeben. Der offenen Natur Millerands entspricht die dritte Lösung am meisten. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man ihr die meisten Aussichten zuspricht. In diesem Falle ist wohl zu beachten, daß die Nationalversammlung nicht allzu schnell zu neuen Wahlen schreiten kann, denn zunächst muß die Kammer zusammentreten, um von dem Rücktrittsgesuch Kenntnis zu nehmen. Dann kann Léon Bourgeois die Nationalversammlung zusammenberufen. Dies dürfte immerhin drei bis vier Wochen dauern. Inzwischen beginnen die Pariser Blätter, sich mit der Frage der Kandidaturen zu beschäftigen. Poincaré hat verzichtet, und es hat nicht den Anschein, als ob man sich viel Mühe gäbe, ihn zu einer Aenderung seiner Entschließung zu bewegen. Der Kandidatur Millerands stehen Bedenken entgegen und es wird als wünschenswert bezeichnet, ihn auf seinem Ministerpräsidentensessel zu lassen. Wenn auch viele Kreise hoffen, daß eine Kandidatur Millerands aus der Krise herausführt, so kann Millerand doch im gegenwärtigen Augenblick nicht als erster Anwärter gelten. Jonnart, der frühere Gouverneur Algiers, wird von den befreiten Gebieten, einem Teil des nationalen Blocks und gewissen gemäßigten Elementen des Parlaments gestützt. Léon Bourgeois, der Senatspräsident und Präsident des Völkerbundes, ist mit seiner Stellung sehr zufrieden und möchte sie auch aus Gesundheitsrücksichten nicht ändern. Der frühere Finanzminister Georges Leygues steht in gewisser Gunst. Es wird ihm hoch angerechnet, daß er allein von allen Ministern des Kabinetts Clemenceau die heftige Kampagne gegen das Ministerium Millerand nicht mitgemacht hat. Er verfügt über ein sehr gewandtes Auftreten, das ihm in seinen Beziehungen zu den auswärtigen Gesandtschaften sehr zustatten kommt. Es ist sehr natürlich, daß auch Pams, der Gegenkandidat Poincarés, wieder genannt wird. Ich höre aus guter Quelle, daß seine Aussichten diesmal nicht schlecht sein sollen. Der Name Foch ist nur ein einziges Mal in einem Artikel von Capus aufgetaucht, es ist aber möglich, daß er als erster Bewerber in Frage kommt, wenn es seinen Freunden gelingt, ihn zur Annahme der Kandidatur zu bewegen.

Bekanntlich sollte der deutsche Botschafter in den nächsten Tagen dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben überreichen. Unter den obwaltenden Umständen dürfte sich diese Feierlichkeit verschieben.

•

☞ **Genf, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet gestern: Die Präsidentschaftskrise soll bis kommenden Montag erledigt sein. Heute findet eine Kabinettssitzung statt, die sich mit der Präsidentenfrage befassen und die die Entscheidung bringen soll.

Die Genfer Konferenz gesichert?

☞ **Genf, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **„Echo de Paris" meldet: Die englische und die italienische Regierung wünschen, daß die Deutschen den Beratungen auch in Genf beiwohnen. Man nimmt an, daß infolgedessen den Deutschen die Einladung in Kürze zugehen wird. Die Genfer Konferenz dürfte erst im Oktober stattfinden.**

•

Die Brüsseler Finanzkonferenz

× **Paris, 16. September.** Havas meldet aus London, daß an der Konferenz in Brüssel am 24. d. M. alle Staaten einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika durch je drei Delegierte vertreten sein werden. Deutschland, Oesterreich und Bulgarien werden eingeladen, Delegierte zu entsenden, die aber nur beratende Stimme haben sollen.

Dazu wird nun durch WTB. mitgeteilt, daß in der amtlichen Einladung des Völkerbundrats eine Beschränkung der Rechte der Delegierten von Deutschland gegenüber den Delegierten der andern Länder in keiner Weise erwähnt ist.

•

Ein Schweizer Vorschlag

* **Rotterdam, 16. September.** Wie das Sekretariat des Völkerbundes mitteilt, ist zur Brüsseler Finanzkonferenz von der Schweiz ein Vorschlag zu einer großzügigen Lösung der internationalen Finanzschwierigkeiten gemacht worden. Danach sollen internationale Obligationen in Schweizer Franken ausgegeben werden, wodurch alle Valutaschwierigkeiten aus der Welt geschafft werden können. Das Projekt beschäftigt sich weiter mit der Errichtung einer internationalen Bank in der Schweiz, die die Regelung der Kriegsschäden aller Länder vornehmen soll.

•

Die Tagung des Völkerbundes

☞ **Basel, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Nach einer Pariser Meldung nehmen die amerikanischen Vertreter an der heute beginnenden Session des Völkerbundes nicht teil. Die Beratungen des Völkerbundes sollen bis Sonntag dauern. Es liegen sechs Anträge vor, darunter auch über die Ausdehnung des Völkerbundes auf die früher feindlichen Staaten.**

•

Ein internationaler Gerichtshof

* **Rotterdam, 16. September.** Der Völkerbundrat hat an die Regierungen der dem Bund angeschlossenen Staaten einen Brief gesandt, welcher den Entwurf zu einem internationalen Gerichtshof enthält, wie er von der internationalen juristischen Kommission aufgestellt wurde. Der Rat verlangt von den Staaten dessen Genehmigung. Nach dem Entwurf soll der Gerichtshof in einer allgemeinen Versammlung der Mitglieder des Völkerbundes gewählt werden, und zwar aus einer Liste von Kandidaten, die durch 44 internationale Gruppen vom Haager Friedensgericht vorgeschlagen werden sollen. Jede Gruppe hat das Recht auf zwei Kandidaten. Der Gerichtshof soll aus elf Richtern und vier Ersatzrichtern bestehen. Um internationale Feindseligkeiten zu vermeiden, wird jeder Partei das Recht zuerkannt, sich bei einem Konflikt in dem Richterkollegium durch einen Richter der eigenen Nationalität vertreten zu lassen. Der Gerichtshof muß alljährlich eine Sitzung abhalten. Doch ist der Präsident ermächtigt, eine besondere Sitzung einzuberufen.

Ueber die Befugnis des Gerichtshofes wird gesagt: Wenn ein Konflikt zwischen den Staaten ausgebrochen ist, dessen Schlichtung durch diplomatische Mittel unmöglich erscheint und auch kein Uebereinkommen besteht, wonach eine andre juristische Kommission sich der Sache anzunehmen hätte, dann kann die Angelegenheit vor den Gerichtshof gebracht werden. Gegenüber Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, soll der Gerichtshof die Befugnis zur Entscheidung von juristischen Fragen haben bezüglich von Konflikten, die sich aus dem § 2 Artikel 12 des Völkerbundsvertrages ergeben.

Der polnische Vormarsch

☞ **Basel, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Der „Basler Anz." meldet: Die Stadt Janowo, zwischen Brest-Litowsk und Pinsk, ist von den Polen besetzt. Die Südarmee hat Kowel genommen.**

k. **Königsberg, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Der Bezirk Grodno ist von den Litauern geräumt. Die Polen sind im Grenzgebiet von Suwalki bis Wirballen vorgestoßen.**

kg. **Rotterdam, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Reuter meldet aus Warschau: Der neue polnische Vormarsch hat auch die Nordfront ergriffen. Die polnische Nordarmee ist östlich von Grodno im Vormarsch auf Richtung Minsk. Oestlich von Grodno wurden 2000 litauische und 4000 russische Kriegsgefangene gemacht.**

☞ **Warschau, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Die 3. polnische Armee hat** (wie bereits gestern gemeldet) **einen wichtigen Erfolg erzielt. Sie hat Wladimir-Wolynsk und Kowel erobert. Die Besetzung dieser beiden strategisch wichtigen Punkte dürfte wohl der Auftakt zu einer neuen polnischen Offensive sein. Eine starke Rückwirkung dieses Ereignisses dürfte sich auch auf der Kampffront in Ostgalizien bald bemerkbar machen.**

•

Der polnisch-litauische Konflikt dauert an

× **Rotterdam, 16. September.** Der „Nieuwe Rotterd. Cour." meldet aus London, daß das Zusammentreffen der polnischen und litauischen Delegierten verschoben worden sei, da die polnischen Delegierten in Warschau geblieben sind.

•

Die bolschewistischen Bedingungen

☞ **London, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Der Korrespondent der „Daily Mail" telegraphiert aus Riga: Die bolschewistischen Delegierten haben erklärt, die Entwaffnung Polens und die Schließung der Munitionsfabriken sei die hauptsächlichste Bedingung, die sie aus Moskau mitgebracht haben.**

•

Dombski über die Rigaer Konferenz

+ **Frankfurt a. M., 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) Der Führer der polnischen Friedensdelegation Dombski erklärte dem Warschauer Berichterstatter der „Frankf. Ztg.": „Die bisherigen Verhandlungen mit Moskau haben keine grundsätzlichen Schwierigkeiten ergeben, so daß man hoffen kann, daß die Verhandlungen, wenn nicht unvorhergesehene Fälle eintreten, einen glatten Verlauf nehmen werden. Unsre polnischen Industriebezirke waren vor dem Kriege mit die wichtigsten Versorgungszentren des russischen Reiches, so daß zu erwarten steht, daß die wirtschaftlichen Verträge, die wir mit Rußland schließen wollen, für uns günstig werden. Die Frage der Durchfuhr von Industrieerzeugnissen von Deutschland nach Rußland und von Rußland nach Deutschland wird einen wesentlichen Teil der Verhandlungen in Riga einnehmen. Für die Dauer der Friedenskonferenz sind vorerst drei Wochen festgesetzt, und da wir aufrichtig den Frieden mit Rußland wünschen, dürfte diese Zeit, wenn sich keine Komplikationen ergeben, zum Abschluß der Verhandlungen ausreichen. Wir wollen mit Rußland zu einem Verständigungsfrieden gelangen, durch den alle Kriege in Zukunft vermieden werden."

•

Kamenews Rückkehr

* **Kopenhagen, 16. September.** Aus Christiania wird gemeldet: Kamenew kam am Montag in aller Stille hier an. Er wurde von Litwinow empfangen. Seine Reise nach Moskau wollte er am Tage nachher fortsetzen. Ueber seine Behandlung in London erklärte er, daß er nicht die Absicht habe, nach London wieder zurückzukehren, da es nicht möglich sei, eine greifbare Grundlage für die Verhandlungen zu finden.

•

Boykottierung Polens

☞ **Prag, 16. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Das tschechische sozialistische Organ „Pravo Lidu" meldet: Die Union der sozialistischen Gewerkschaftsorgane beabsichtigt, über Polen einen vollständigen Boykott, der sich auch auf Lebensmittel erstrecken soll, zu verhängen. Zu diesem Zweck hat die Union der Eisenbahnvertreter die Vertreter der andern Länder sowie die Verkehrsinternationale zu einer demnächst in Prag stattfindenden Konferenz eingeladen.**

•

Abgelehnte Unterstützung

Laut „Telegraaf" hat die Direktion des „Daily Herald" beschlossen, die von der russischen Regierung angebotene Unterstützung von 75 000 Pfund Sterling nicht anzunehmen und den Redakteur Meynell, der das Geld angenommen hat, zu entlassen.

•

Eine russische Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands

Den „Iswestija", dem amtlichen Organ des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees in Moskau (Nr. 191 vom 31. August d. J.) entnimmt der „Ost-Expreß" folgende sensationelle Zuschrift A. Maßlows (Jwanows), der sich selbst als „Vorsitzender der russischen Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands" (K. P. D.) bezeichnet: „In Deutschland leben etwa 200 000 russische Kriegsgefangene. Die Mehrzahl von ihnen ist kommunistisch gesinnt. Die Ideen des Kommunismus werden unter ihnen durch die russische Sektion der K. P. D. verbreitet. Die russische Sektion der K. P. D. ist eine illegale (das Wort „illegal" ist von den „Iswestija" fettgedruckt) Organisation. Früher war es Roske, jetzt ist es Geßler, der uns ein legales Dasein unmöglich macht. Dennoch zählt unsre Sektion 11 500 Mitglieder. In allen Gefangenenlagern haben wir unsre Propagandastellen. Bisher hat unsre Sektion aus Rußland noch keinerlei Unterstützung erhalten. Dennoch hat sie während ihrer kurzen Existenz, seit dem 1. Februar 1920, das Leben der Kriegsgefangenen völlig umgestaltet. Die Kriegsgefangenen sind sich jetzt ihrer Kraft bewußt geworden und stützen sich überall auf unsre Organisation, die das ganze Lagerleben tatsächlich beherrscht. Wir müssen jedoch unsre Propagandatätigkeit noch reger entfalten und unsre eigene Zeitung „Die rote Sturmglocke", die bisher nur alle zwei Wochen erschien, täglich herausgeben und kommunistische Literatur verbreiten, die wir bisher aus Mangel an Mitteln nicht drucken konnten." Aus diesen Gründen wendet sich der Verfasser der Zuschrift an seine Parteigenossen in Rußland mit der Bitte um Unterstützung.

•

Der Rückgang der Bevölkerungszahl Moskaus

O. E. **Eine Anfang August ausgeführte Zählung, die als Vorbereitung für die große Volkszählung dienen sollte, hat ergeben, daß die ständige Bevölkerung Moskaus, mit Einschluß der Garnison, zur Zeit 1 000 600 Köpfe beträgt. 1917 hatte sie noch 2 043 000 betragen.**

Die Transportkontrolle

* **Berlin, 16. September.** Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner will den Kontrollkommissionen beitreten. Die Reichsgewerkschaft hat sich in eine Reihe von Fachgewerkschaften gegliedert, die die einzelnen Gewerkschaftsvorstände auffordern, Vertreter für die Kontrollkommissionen namhaft zu machen. Diese Absicht soll, wie mitgeteilt wird, nicht etwa eine Abschwenkung nach links bedeuten, sondern eine Kampfkommission gegen den deutschen Eisenbahnerverband. Auch der allgemeine Eisenbahnerverband, in dem ein Teil der gemäßigten Eisenbahner organisiert ist, will sich eine Diktatur des deutschen Eisenbahnerverbandes nicht länger gefallen lassen und in gleicher Weise gegen die radikalen Elemente unter den Eisenbahnern, die sich größtenteils im deutschen Eisenbahnerverband organisiert haben, arbeiten.

•

Der Kampf um Moskau

* **Bremen, 16. September.** In einer Mitgliederversammlung der U. S. P. D., die einen stürmischen Verlauf nahm, wurde über die Frage des Anschlusses an die kommunistische Internationale endgültig entschieden. Als die Mehrheit der Versammlungsbesucher den Wunsch nach geheimer Abstimmung nicht durchsetzen konnte, verließ sie unter Protestkundgebungen den Saal. Die Zurückgebliebenen nahmen die Abstimmung vor, wobei sich immer noch die Ablehnung der Moskauer Bedingungen ergab.

Ein Bekenntnis zum Einheitsstaat

Eine sozialdemokratische Bezirkskonferenz des Agitationsbezirks Chemnitz richtete folgenden Antrag an den sozialdemokratischen Parteitag in Kassel: Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist grundsätzlich für den geschlossenen deutschen Einheitsstaat. Sie erblickt in der noch bestehenden deutschen Kleinstaaterei und ihrer Weitererhaltung eine Gefährdung der Reichs-, Finanz- und Wirtschaftsinteressen und eine schwere Gefahr für die völkische und politische Einheit sowie für die Sicherheit der Republik. Die sozialdemokratischen Fraktionen der Einzellandtage haben deshalb die Pflicht, streng nach diesem Grundsatz zu wirken.

Der große Prozeß

Von unserm B-Korrespondenten

Budapest, Mitte September

Der Vorhang geht auf ... Die Szene: Ein Kriegsgericht. Handelnde Personen: Staatsmänner, Gelehrte, Offiziere, Volk, namentlich viel Volk. Die Bühne ist fast zu klein. Die Handlung? Der Prozeß gegen die Mörder des Grafen Tisza, frei bearbeitet nach Ponson du Terrail oder de Montepin, die mit bisher kaum erreichter Phantasie die Hefe der Apachenwelt zu Romanhelden gestalteten. Das Stück zieht. Der Rahmen einer, wenn auch noch so bedeutsamen Gerichtsverhandlung ist überschritten, die Einzelschuld trat längst zurück. Hier werden die dermaligen allgemeinen Zustände des ungarischen politischen Lebens öffentlich erörtert und bloßgestellt, wird über nichts weniger als Ungarns ganze Revolution zu Gericht gesessen. So umfangreich ist diese Geschichtsmaterie, daß sie die Episode der Mordtat ganz verschüttet.

Denn nicht die Mörder des Grafen Tisza, auch nicht die mutmaßlichen Anstifter sind interessant. Der Begriff einer politischen Tötung ist Ungarns Strafgesetzen nicht geläufig. Was gezeigt werden soll, faßte schon Graf Oxenstierna in das bekannte Wort: Nicht nur die Welt wird mit wenig Weisheit regiert, sondern auch Revolutionen werden mit staunenswert geringen Mitteln gemacht. Eine Handvoll Spaziergänger und zweifelhafter Existenzen reichte hin, um ein verhängnisvolles Abenteuer ins Werk zu setzen, das mit dem geringsten Kraftaufwand hätte verhindert werden können, mit einer gesänftigten Geste, einer bescheidenen Tat. Ueber wie wenig Schönheit verfügte doch diese Revolution, wie wenig Poesie war über sie gebreitet, wenn man nur die eine historische Feststellung der Verteidigung erwägt, daß sich Graf Karolyi, da alle Zimmer des Hotels Astoria, der Burg des Umsturzes, gerade besetzt waren, mit seinen Ministern in — nun: in die „Nebenräumlichkeiten" zurückziehen mußte, um dort das neue Kabinett zu bilden! Seither darf man glauben, was hier verhandelt wird, ist weniger die Beweisführung eines Militäranwalts gegen Mörder schlechthin, und mehr das Erwachen eines ganzen Volkes aus dem schreckhaften Traum, Zeitgenosse einer so glorreichen Revolution gewesen zu sein.

Zum Vorspiel vor dem Kriegsgerichte waren 200, vor das Zivilgericht sind 400 Zeugen geladen. Kolonnen andrer werden von diesen wieder herangekarrt. Ein einst glänzender Journalist trat auf — in Sträflingskleidern und ausgeschnittenen Backschaben. Man hörte die leidenschaftliche Verteidigung eines Angeklagten, der bei der Einvernahme von Gendarmen, die zum Schutz des in seinem Leben bedrohten Staatsmannes entboten waren, emphatisch ausrief: „Wären nur zwei der Gendarmen uns entgegengetreten, wir wären alle zwangelaufen." Doch die Gendarmen traten ihnen nicht entgegen ... 100000 Kronen waren dem Soldatenrat für die Ermordung des menschlich Kostbarsten versprochen, jedem Mitglied der Hauptmannsrang und eine Stelle als Verpflegskommissär, in der zu räubern jedem freistehen sollte, soviel er wollte. Einem von ihnen träumte, er würde lieber Botschafter im Deutschen Reich, von einem andern wurde eine Kinokonzession vorgezogen. Immer wieder klirrt durch die Geständnisse die Zahl der Silberlinge, das Geld, um dessentwillen diese Menschen auszogen, schnapstrunken, um das zu fällen, was noch die letzte Stütze Ungarns war. Angeklagter Héttner war Oberleutnant, unter der Diktatur war er Spitzel, der für Geld seine gegenrevolutionären Kameraden verriet, nachher Defraudant. Fähnrich Stanyovsky ließ sich von seinem eigenen Hund[e] beißen, um sich der Militärpflicht zu entziehen. Marinefeldwebel Dobo, der um jeden Preis Aufsehen erregen möchte, leidet an Cäsaromanie. Alle sind brüchig, unwillig im Sichererinnern. Sie geben auf ihren Hals acht, nicht auf ihre Worte. Ein Chronist sagt von ihnen: „Es ist eine Schar von Doppel-Ichen. Muster der Zweiheit der Persönlichkeit. Sie konstruieren ihre Wahrheit aus Abschwörung und Betwerung. Sie verwahren sich gegen ihr gestriges Ich und beteuern, es nie gehabt zu haben ... Sie sind Abfälle historischen Geschehens. Sie schrumpfen unter der Last des Zusammenhangs ihrer Uebeltat mit dem historischen Geschehen zu einer Nichtigkeit zusammen, deren Erkennen verzweiflungsvoll und empörend ist."

In dem Zwielicht zwischen der Beklagten- und der Zeugenbank steht Stephan Friedrich, gewesener Ministerpräsident und Kriegsminister, Gründer des christlichnationalen Kurses und Träger der Gegenrevolution. Vor zwei Jahren noch Maschinenfabrikant, ward er vor einem Jahre der Führer der Nation und im Handumdrehen die Quelle aller Macht. Er setzt einen Paladin und einen Gouverneur ein, ganz nach seinem Belieben. Ein königlicher Prinz erwartet aus seiner Hand die Krone. Man raunt sogar, daß er an die Türe Karls IV. gepocht und ihm eine Zusicherung zukommen ließ. Natürlich nur, wenn er hinwieder Ministerpräsident würde. Immer höher steigt er, seine Flügel streifen fast schon den Himmel. Da senkt sich plötzlich auf seinen leuchtenden Stern ein Schatten: Friedrich hat einmal die Hand gegen seine Nation erhoben; eine unsichtbare Hand schlägt jetzt unerwartet zurück! Eine schwächliche Frau, die an jenem blutigen Herbstabend allein an der Seite Tiszas den Gewehrläufen der gedungenen Mörder entgegentrat, wirft die Frage auf: Hat Stephan Friedrich, ungarischer Minister, der Protektor königlicher Prinzen, und der Apostel der christlichen Renaissance, den Grafen Tisza ermorden lassen oder nicht? — Die Menschen lächeln. Es ist vorerst nicht mehr als ein Eindruck. Weshalb aber, wenn Friedrich an dem Geschehen unbeteiligt war, verschwanden aus den Akten der Untersuchungsbehörde die Protokolle? Und wenn er auch Herausgeber einer Zeitung von äußerstem Radikalismus war, die Lenin verherrlichte und den Weltumsturz prophezeite — wie konnte er eine Woche vorden Morde schon ahnen: „Wo wird Tisza schon sein, wenn das Land seine freie politische Meinung offenbart?" Halt suchend kam er in die Freimaurerlogen, und löste sie doch auf. Ja, es passierte, er schmähte den Militarismus, lästerte die Klerisei, wollte irgendwann als Protektor der Makkabäiklubs eine zionistische Garde bilden und mit begründete — plötzlich gewendet — den christlichen Kurs. Nicht die schalen Aussagen der Hüttner usw. bil[den] das eigentliche Belastungsmaterial gegen ihn, [sie]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200917/1